



"Heute halten wir zu Amerika." Die EU-Kommission legte am Freitag Mittag ihre Arbeit drei Minuten lang nieder.

(Foto: EU)

EU-USA

Security first

Nach den Attentaten in New York setzt die EU auf mehr Kooperation in Sachen Innere Sicherheit. Über das Verhältnis zum angekündigten NATO-Krieg ist man sich nicht einig.

"Heute sind wir alle Amerikaner." Der deutsche SPD-Fraktionschef im Bundestag Peter Struck brachte die Stimmung zwischen Madrid und London, Paris und Berlin auf den Punkt. In Europa litt man nicht nur mit den amerikanischen Freunden, nach den Anschlägen von New York und Washington griff eine mehr oder weniger diffuse Angst vor einer direkten Bedrohung um sich.

Auch Luxemburg könnte "ein Ziel" des "Megaterrors" sein, schreibt etwa "Tageblatt"-Chef Alvin Sold, weil hier "eine der wichtigsten Weichen für internationale Geldströme" sei. Oder - etwas ernster zu nehmen - Frankreich, wo man seit Mitte der Neunziger Jahre über einschlägige Erfahrungen mit Attentaten der algerischen Bewaffneten Islamistischen Gruppen, den GIA verfügt. Im Rahmen des damals entwickelten Programms "Vigipirate" wurden auch jetzt zahlreiche Papierkörbe verschlossen, um Täter daran zu hindern, Bomben in den unbewachten Eimern abzulegen. Gleichzeitig patrouillierten Sicherheitskräfte verschärft in öffentlichen Gebäuden, vor allem in Metrostationen und Flughäfen.

Europa rückt zusammen

In Großbritannien spielte ebenfalls die Innere Sicherheit im Diskurs um die Anschläge eine große Rolle. So sprach man im Notstandskomitee des britischen Kabinetts am Tag nach den Angriffen beispielsweise darüber, den Personalausweis einzuführen - bislang hat es dort keine solche Identitätskarte gegeben. In Deutschland wurden weitere Verschärfungen der Bestimmun-

gen in Sachen Zuwanderung gefordert.

Der EU-Rat ließ in der vergangenen Woche keinen Zweifel daran, dass der Angriff auf die USA ihre Bereitschaft erhöht hat, in Sachen Innere Sicherheit enger zusammen zu arbeiten. Und natürlich in der Außenpolitik. "Die Europäische Union ist dazu aufgerufen, sich mehr und unablässig in die Weltpolitik einzumischen," hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der 15 EU-Staats- und Regierungschefs. Ziel sei es, "die Gerechtigkeit und Demokratie sowie die Integration aller Länder in ein weltweites System der Sicherheit und des Wohlstandes zu verteidigen". Außen- und Sicherheitspolitik müssten weiter entwickelt werden, damit die Europäische Union "wirklich mit gestärkter und geeinter Stimme sprechen kann".

Innenpolitisch will die EU die Harmonisierung vorantreiben: ein europäischer Haft- und Auslieferungsbefehl und die gegenseitige Anerkennung der gerichtlichen Beschlüsse und Urteile gehören hier zu den empfohlenen Instrumenten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Am vergangenen Freitag trafen sich die EU-Verkehrsminister, um über strengere Sicherheitsbestimmungen auf europäischen Flughäfen zu beraten. Darüber, wie solche Sicherheitsmaßnahmen überprüft werden können, wurde man sich jedoch nicht einig. Einige der 15 Vertreter zeigten nach Angaben von Diplomaten "grundsätzliche Vorbehalte", nationale Kompetenzen auf den Flughäfen überwachen zu lassen oder gar abzutreten.

Künftig soll das Thema Terrorbekämpfung als fester

Punkt auf der Tagesordnung der EU-Sitzungen stehen, so das Fazit der ersten Krisenstäbe. "Der Rat wird regelmäßig auf diese Frage zurückkommen", versprach der belgische Außenminister Louis Michel.

"Die Maßnahmen sollen die Fähigkeit der EU erhöhen, gemeinsam mit den USA und anderen Partnern den Terrorismus zu bekämpfen", bekräftigte Javier Solana, der

außenpolitische Vertreter der Europäischen Union.

Solidaritätsbekundungen auch von Seiten der Brüsseler EU-Kommission: "In den schwärzesten Stunden der europäischen Geschichte haben die Amerikaner zu uns gehalten. Heute halten wir zu ihnen," erklärte Kommissionspräsident Romano Prodi. Die Kommission schlug am Mittwoch vor, "die transatlantische Zusammenarbeit gegen den Terrorismus" zu verstärken. Erst vor kurzem hatte Europol eine Spezialeinheit eingerichtet, um den Informationsaustausch über terroristische Aktivitäten zu koordinieren. Die Begrenzung dieses Mandats sei jedoch auf internationaler Ebene spürbar, hieß es in Brüssel. Wiederholt hatten die USA mangelnde "Sachkenntnisse im Bereich Polizei und Sicherheit" beklagt. Vor allem Frankreich hatte sich geweigert, bestimmte Informationen freizugeben.

Das könnte jetzt anders werden. Der Vorsitzende der rechtskonservativen Fraktion der Union für das Europa der Nationen im Straßburger Parlament, der ehemalige französische Innenminister Charles Pasqua, schlug am Mittwoch beispielsweise vor, eine "ständige Kooperationsinstanz" zu schaffen. Dieses Gremium soll die Informationen analysieren, die die Europäer untereinander und mit anderen Ländern über die terroristischen Gefahren austauschen müssten.

Allzu tiefgründig wollte man die Rollenverteilung zwischen der EU und den USA im neuen Kampf gegen den Terrorismus nicht öffentlich diskutieren. "Zu diesem Zeitpunkt des Leids und der Unsicherheit" wolle man sich auf eine Botschaft der "Solidarität und der Unterstützung

gegenüber dem amerikanischen Volk" beschränken, hieß es aus Kommissionskreisen. Klassische Diskussionen zwischen Befürwortern eines "Weltpolizisten" USA und den Verfechtern einer isolationistischen Politik der Vereinigten Staaten fielen in den Zuständigkeitsbereich des amerikanischen Volkes. Europa stünde es jetzt nicht zu, "sich in Szene zu setzen und Lektionen zu erteilen", sagte ein Sprecher der Kommission.

Terror auf jeder Tagesordnung

Zuvor hatte der NATO-Rat die Anschläge nach Artikel 5 des Gründungsvertrages der Nordatlantischen Allianz als Angriff auf alle Bündnispartner gewertet: Erstmals trat die Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand in Kraft. Die Einschätzung der europäischen Regierungsvertreter fiel dabei recht unterschiedlich aus. Man werde im Kampf gegen den Terror auch jene Schritte mitgehen, die "sehr schmerzhaft" sein könnten, erklärte etwa der deutsche Außenminister Joseph Fischer mit Blick auf amerikanische Kriegsankündigungen. Der britische Premier Tony Blair erinnerte an die "Special Relationship" seines Landes mit den Vereinigten Staaten und ließ keinen Zweifel daran, dass er den militärischen Abenteuern des amerikanischen Präsidenten George W. Bush bedingungslos folgen werde. Man könne die Amerikaner nur davon abhalten, "wild aus der Hüfte zu schießen", relativierte Blair seinen martialischen Gestus, wenn man ihnen "unmissverständlich das Gefühl absoluter Solidarität" vermittelt.

In Paris hingegen zeigte man sich in den letzten Tagen wesentlich vorsichtiger. Ob-

MEDIENMACHT

Kriegstreiber am Werk

Amerika will Krieg. Das zumindest ist das Bild, das amerikanische Medien nach den Terroranschlägen ihrem Publikum vermitteln.

San Francisco, Kalifornien, 11. September. Ich höre von meinen kalifornischen Gastgeberinnen von den Terroranschlägen in New York City und Washington. Zu Fassunglosigkeit, Entsetzen und Trauer gesellt sich angesichts der schrecklichen Fernsehbilder schnell ein weiteres Gefühl: das der Beklemmung.

Erinnerungen an den Golfkrieg steigen in mir auf. Abgesehen von ersten chaotischen Minuten, in denen JournalistInnen und RedakteurInnen darum ringen, das Ausmaß der Katastrophe zu ermitteln, das Wie und Was der Berichterstattung im Mainstream der amerikanischen Medien scheint schnell festgelegt. "America under attack", "Terrorism hits America" - so lauten die Titel der Spezialreportage und Live-Reportagen, in denen Rundfunkstationen, Zeitung und Fernsehen am Dienstag und an

den darauf folgenden Tagen landesweit und rund um die Uhr ihre Versionen zu den Anschlägen und möglichen Reaktionen verbreiten.

Spätestens nach der zweiten Stellungnahme des Präsidenten George W. Bush vom Mittwoch, ist die Sprachregelung auf allen der vier größten amerikanischen Fernsehsender CNN, MSNBC, FOX News und abc7news klar: Amerika befindet sich nach den Terroranschlägen nicht nur im Ausnahmezustand, sondern im Krieg.

"Wir betrachten die Angriffe nicht als Terroranschläge. Die Anschläge bedeuten mehr, sie bedeuten Krieg." Bushs Satz wird zum beliebtesten Zitat amerikanischer Fernsehkommentatoren, unterteilt mit immer neuen Bildern vom "Schlachtfeld des 21. Jahrhunderts", wie Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld die Trümmerhaufen des World Trade Centers

*worxx-Redakteurin
Ines Kurschat bereiste
vor kurzem die USA.
Zur Zeit der Anschläge hielt
sie sich in der Bay Area,
San Francisco auf.*

wohl dort eine Premiere stattfand: Robert Hue, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei (PCF), brachte seine Solidarität mit den Amerikanern und "den Führern, für die sie sich selbst entschieden haben", zum Ausdruck. Der Aktivierung der Beistandsklausel stimmten die Franzosen zögerlicher zu, und die Aussagen Goerge W. Bushs betrifft, ist man wesentlich vorsichtiger. "Wir müssen den Begriff Krieg reduzieren und uns vor einem Abgleiten hüten. Einen Krieg zwischen Arm und Reich darf es nicht geben," erklärte Gesundheitsminister Bernard Kouchner. Und auch Premier Lionel Jospin mahnte vorsichtig an, schließlich sei noch unklar, ob die Anschläge von einer "terroristischen Gruppe" ausgingen oder ob sie "von einer Nation direkt unterstützt wurden".

Wie genau die europäische Solidarität mit dem angekündigten amerikanischen Krieg aussehen wird, ist noch nicht entschieden. Ebenso wenig, ob sich jene Hoffnung umsetzen wird, die der sozialdemokratische Politiker Gunter Verheugen zum Ausdruck gebracht hat. "Mehr denn je besteht das Gefühl, dass wir Europäer zusammengehören", fasst der EU-Kommissar für die Erweiterung die Entwicklung der letzten Tage zusammen. "Die vor kurzem verübten Attentate werden Auswirkungen auf die europäische Integration und den Erweiterungsprozess haben. Und diese werden sehr positiv sein."

Danièle Weber und
Wolf-Dieter Vogel

INTERVIEW

"Es gibt Ansätze für eine Anti-Kriegsbewegung"

Was sagt die Linke in den USA zu einem Vergeltungsanschlag? Wir sprachen mit Leslie Cagan, von den "Committees of Correspondence for Democracy and Socialism".



Leslie Cagan (54) war eine der Hauptorganisatorinnen gegen den Vietnam-Krieg und nationale Koordinatorin des Bündnisses gegen den Krieg am persischen Golf 1990/91. Sie ist aktiv in der Lesben-, Gewerkschafts- und Antikriegsbewegung.

woxx: "Krieg", "Rache" und "Vergeltung" tönt es in den USA rund um die Uhr seit den verheerenden Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon. Wie ordnen Sie diese Rhetorik ein in einer Skala, wenn diese bei Säbelraseln anfängt und bei Massenmord aufhört?

Leslie Cagan: Man kann nie 100prozentig wissen, wie die Gehirne der Herren im Pentagon und im Weißen Haus funktionieren. Die Rhetorik drückt jedenfalls nicht nur bloßes Säbelraseln aus. Sie soll zwar Menschen und Regierungen einschüchtern, um sie dazu zu veranlassen, sich der Marschrichtung unterzuordnen, die die USA vorgibt. Aber es geht um mehr: um die reale Vorbereitung für einen Krieg. Der Begriff "Krieg" trifft dabei die Sache nicht ganz. "Massive militärische Angriffe" wäre genauer. Denn "Krieg" impliziert eine Abfolge von Angriff, Gegenangriff, erneutem Angriff und so weiter, eine Schlacht also. Es wird sich jedoch eher um einen einseitigen Angriff durch das US-Militär, unter Beteiligung der NATO-Länder und wahrscheinlich auch anderer Länder, handeln. Die NATO bemüht zum ersten Mal in ihrer Geschichte den berüchtigten Artikel 5. Die Herren bereiten die Welt darauf vor, die riesigen militärischen Kapazitäten, die sie über die Jahre aufgebaut haben, auch

massiv einzusetzen. Das bedeutet fast zwangsläufig Massenmord. Und es ist ihnen ernst damit.

Immer wieder werden die Anschläge mit den Ereignissen in Pearl Harbor im Jahr 1941 verglichen. Welche Bedeutung haben die Terroranschläge vom Dienstag tatsächlich für die politische Kultur in den USA?

Die Analogie mit Pearl Harbor ist hochinteressant. Viele Japaner sind bestürzt darüber. Denn der japanische Angriff auf Pearl Harbor war ein Angriff auf eine amerikanische Militäreinrichtung, und die New Yorker twin towers sind das ja nicht. Aber die Analogie wird in den USA immer wieder bemüht, da es seit dem Bürgerkrieg Mitte des 19. Jahrhunderts tatsächlich keinen militärischen Angriff auf US-Eigentum auf US-Territorium gegeben hat.

"Was 'Vergeltung' und 'Krieg' angeht, sind die progressiven, linken Amerikaner ziemlich einhellig dagegen."

Zum Verständnis der politischen Psychologie hierzulande ist es wichtig zu wissen, dass es direkte Erfahrungen oder Erzählungen von Eltern und Großeltern von Kriegsschäden, Flucht, Niederlage im eigenen Land als nationale Geschichtsschreibung und

kollektives Gedächtnis nicht gibt. Amerikaner fühlen sich zum ersten Mal in ihrer Geschichte in ihrem eigenen Land physisch verletztlich, was als nationale Krise empfunden wird. "Pearl Harbor" dient dazu, das Kriegsfieber nach oben zu treiben zugunsten des Blankoschecks, den die Bush-Regierung zum "Kampf der Guten gegen die Bösen" einlösen will. "Pearl Harbor" war schließlich das Ereignis, das direkt zum Eintritt in den Zweiten Weltkrieg führte.

Wie reagieren liberal und links denkende AmerikanerInnen auf die Terroranschläge und das Kriegsgeschrei?

Ich habe kein Gespräch, keinen Email- und Briefwechsel, keine Diskussion gehabt und keinen Artikel in der linken Presse gelesen, aus dem nicht das völlige Entsetzen über die Anschläge gesprochen hätte. Es geht ja nicht nur um die vielen Tausend Toten, sondern auch um die vielen lebenden Menschen, die davon materiell betroffen sind. 5.000 Tote - das heißt auch Hunderttausende von Angehörigen, Kollegen, Freunden und Bekannten, die trauern und dafür eine Erklärung haben wollen. Allein in New York sind auf einen Schlag 150.000 Arbeitsplätze verloren gegangen, nicht zu sprechen von der unglaublichen Zerstörung. Die Linke trauert nicht weniger als die Rechte.

Was "Vergeltung" und "Krieg" angeht, sind die progressiven, linken Amerikaner allerdings ziemlich einhellig dagegen. Schockiert sind wir darüber, dass der US-Kongress bis auf eine einzige Stimme dem Präsidenten einen Blankoscheck für Krieg ausgestellt hat. Die einzige Gegenstimme kam von der Abgeordneten Barbara Lee aus Kalifornien. Weshalb die wenigen anderen Linksliberalen wie Maxine Waters oder John Conyers für den Kriegskurs gestimmt haben, wissen wir noch nicht.

Welche Fragen sind zurzeit für die Linke besonders brisant?

Wir sind angesichts der lauten Kriegstrommeln erst in der Anfangsphase der Diskussionen. Zunächst geht es darum, die progressiven, die auf sozialen Wandel orientierten und die linken Kräfte zusammenzubringen, die gegen Krieg und Militarisation sind. Wir müssen gemeinsam eine Strategie entwickeln, wie wir die Menschen erreichen und ihnen eine Alternative zur Marschrichtung des Weißen Hauses bieten können.

Welche Sprache wir verwenden, mit welchem Stil wir agieren, der Inhalt unseres Aufklärungsmaterials, ob und wie wir in die Massenmedien

eindringen können - all das muss diskutiert werden.

Erwarten Sie politische Repressionen gegen die Antikriegsbewegung?

Die Bürgerrechte sind seit Jahren unter Beschuss, auch in Abwesenheit von Krieg. Das Justizministerium hat vor wenigen Tagen angekündigt, die Überwachung von Telefongesprächen und Email-Verkehr erleichtern zu wollen. Das ist nur ein erstes Zeichen. Viele, die sich gegen den Krieg engagieren, werden Ziel von Überwachung, Belästigung und Schlimmerem werden.

"Es geht darum, die progressiven, die auf sozialen Wandel orientierten und die linken Kräfte zusammenzubringen, die gegen Krieg und Militarisation sind."

Zum Beispiel diejenigen Linken und Menschenrechtsorganisationen, die Nahost-Arbeit machen. Gerade zum israelisch-palästinensischen Konflikt sind in den letzten Jahren etliche unabhängige Gruppen entstanden, die die Rolle der USA im Nahen Osten kritisch unter die Lupe nehmen. Aber auch die seit Seattle wachsende Anti-Globalisierungsbewegung wird unter Beschuss stehen. Auf der Liste werden vermutlich alle Organisationen oder Bewegungen stehen, die sich gegen die Bush-Regierung stellen.

Kann die jüngere Generation der AktivistInnen in dieser Beziehung etwas von der sogenannten "alten Linken" lernen?

Die Repression der 50er Jahre gegen die amerikanische Linke war im Vergleich zu anderen westlichen Staaten beispiellos. Ähnliches gilt für die 60er und 70er Jahre. Wir haben während der vergangenen zwei Jahre gesehen, dass in der Linken mehr und mehr generationsübergreifend agiert wird. Da sitzen Leute aus den 30ern, den 50ern und den 90er Jahren zusammen auf einem Podium, diskutieren und schließen sich zusammen. Das geht uns in den kommenden Wochen hoffentlich nicht verloren. Die Jungen müssen von den Alten lernen, und die Alten müssen sich von der Kreativität und Energie der Jungen anstecken lassen. Kombiniert wären diese beiden Kräfte schon ein guter Ansatz für eine effektive Antikriegsbewegung.

Interview: Max Böhnel

Max Böhnel ist seit 1998 freier Mitarbeiter der woxx und lebt in New York. Dort sprach er am 16. September 2001 mit Leslie Cagan.

und des Pentagonflügels bezeichnete.

Für die Medien stehen die Hauptschuldigen nach wenigen Minuten fest: Osama bin Laden und seine afghanischen Verbündeten. Beweise hierfür werden jedoch weder am Dienstag noch zwei Tage später, als Außenminister Colin Powell den Verdacht bestätigt, erbracht. Stattdessen gibt es jede Menge Experteninterviews. Die vornehmlich weißen Fachleute und PolitikerInnen - fast alle kommen aus dem Bereich Militär beziehungsweise innere Sicherheit - diskutieren in erster Linie mögliche "Antworten" auf die Anschläge durch die amerikanische Regierung. Kein Interview, in dem nicht Notwendigkeit harter und schneller Reaktionen betont wird, in dem nicht das Wort "Krieg" und der Name "bin Laden" fällt. Die Kommentatoren wännen sich im Einklang mit einem Großteil der amerikani-

schen Bevölkerung: Rund 86 Prozent aller Amerikaner bewerten die Anschläge als Krieg, so hat eine Umfrage des Nachrichtensenders CNN ergeben. CNN muss es wissen: Der Sender ist mit seiner Berichterstattung während des Golfkriegs und des Kosovokriegs zum führenden Nachrichtensender in den Vereinigten Staaten aufgestiegen.

CNN stand auch im Mittelpunkt einer Medienanalyse des amerikanischen Sprachwissenschaftlers Noam Chomsky die in diesen Tagen wieder an Aktualität und Bedeutung gewinnen dürfte. Anlässlich der Berichterstattung zum Golfkrieg hatte Chomsky die These der "corporate media" aufgestellt. Der zufolge verbünden sich führende Medienkonzerne mit den Mächtigen aus Politik und Wirtschaft. Durch geschickte Nachrichtenmanipulation in der breiten Bevölkerung schaffen und sichern sie Akzeptanz für wichtige politische und wirtschaftliche Ziele.

Die landesweit unmittelbar nach den Anschlägen ausgeflossene "höchste Alarmstufe" betrifft selbstverständlich

auch San Francisco. Wenige Stunden nach den Anschlägen geht in der Innenstadt gar nichts mehr: Die Straßen im Financial District sind menschenleer, insbesondere Angestellte, die in Hochhäusern arbeiten, werden aufgefordert, wieder nach Hause zu gehen. Schulen bleiben geschlossen, ebenso der Flughafen sowie sämtliche öffentliche Gebäude. Aus Angst vor Bombenanschlägen sind die Brücken in der gesamten Bay Area, der Küstenregion rund um die Golden Gate Bridge, nur nach scharfen Kontrollen und lediglich für den Autoverkehr passierbar. "Geisterstadt" titelt die örtliche Tageszeitung San Francisco Chronicle.

Doch es gibt Orte, an denen sich Menschen versammeln: Trauergottesdienste finden regen Zulauf. Auch meine amerikanische Gastgeberin geht in die Kirche, um gemeinsam mit anderen Amerikanern für die Toten und Verletzten zu beten. Auf der Liederliste stehen "Beautiful America" und "God Bless America".

Es ist schwer, sich als Ausländerin ein Bild zum viel beschworenen "Wir-Gefühl" zu

machen. Angesichts des Flaggenmeers an allen öffentlichen Einrichtungen sowie an vielen Privathäusern beschleicht mich ein komisches Gefühl. Das wird nicht besser, als das lokale Fernsehen meldet, dass kalifornische Moslems die Anschläge ausdrücklich verurteilen. Warum?, fragt man sich. Wenn doch PolitikerInnen beider Parteien das Land nach der Katastrophe als "geeinigter und stärker als jemals zuvor" beschreiben. Tatsächlich dauert es nicht einen Tag, bis die ersten Übergriffe auf Menschen mit dunkler Hautfarbe oder arabisch klingenden Namen gemeldet werden. Wieder beziehen PolitikerInnen medienwirksam Stellung gegen die rassistischen Attacken. Sie fordern die Bevölkerung auf, friedlich zu bleiben. Vor dem ganzen Kriegsgerede klingt die Aufforderung zynisch. Verhindern kann sie den neuen Ausbruch rassistischer Gewalt nicht. Bisherige Bilanz: drei Tote, zahlreiche Verletzte.

Ines Kurschat